

presse

Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung

Anlässlich der Zuleitung der gemeinsamen Großen Anfrage "Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung" der Fraktionen SPD, die LINKE und Bündnis90/Die Grünen erklären die zuständigen Berichterstatterinnen Ulla Burchardt (SPD), Marianne Schieder (SPD):

Nicht nur bei den Vorständen und Aufsichtsräten der DAX-Unternehmen, sondern auch in den Leitungsfunktionen in Wissenschaft und Forschung sind Frauen stark unterrepräsentiert. Vor diesem Hintergrund stellt Ulla Burchardt zusammen mit ihren Kolleginnen Marianne Schieder (SPD), Petra Sitte (DIE LINKE) und Krista Sager (Bündnis90/die Grünen) in einer Großen Anfrage die Bundesregierung zum aktuellen Sachstand und den Maßnahmen der Bundesregierung zur Rede.

Die drei Oppositionsparteien wollen die Bundesregierung dazu bewegen, endlich das Thema Geschlechtergerechtigkeit ernsthaft anzugehen und die weibliche Repräsentanz in den Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung zu steigern.

Auch bei wissenschaftlichen Beratungsgremien, bei denen die Bundesregierung Besetzungskompetenzen inne hat, sind Frauen weitestgehend nicht vertreten. Es darf nicht länger beklagt werden, dass es zu wenig Frauen gibt, die für diese Gremien in Frage kommen. Viel mehr ist es höchste Zeit, bereits bei der Nachwuchsförderung stärker darauf zu achten, dass Frauen nicht länger benachteiligt werden.

Der Blick auf die Zahlen zeigt den dringenden Handlungsbedarf. So liegt der Frauenanteil an den Studierenden seit langem bei 50 Prozent, ihr Anteil an den Promotionen bei 40 Prozent und an den Habilitationen immerhin noch bei knapp 30 Prozent. Doch nur jede zehnte hochdotierte Professur in Deutschland ist mit einer Frau besetzt. Wer das für normal hält, der ist entweder blind - oder er unterlässt es bewusst, diesen unhaltbaren Zustand zu ändern. Chancengleichheit ist ein Menschenrecht. Mit Absichtserklärungen ist es nicht getan.

Der ehemalige Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Prof. Dr. Ernst Rietschel, stellte bereits fest, dass sich Geschlechtergerechtigkeit offenbar nicht von selbst entwickelt. Die Große Anfrage ist hierfür ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Geschlechtergerechtigkeit.